

# Zahnsteiner Tageblatt

Kreisblatt für den

Einziges amtliches Verkündigungs-

Geschäftsstelle: Hochstraße Nr. 8.



Kreis St. Goarshausen

blatt sämtlicher Behörden des Kreises.

Gegründet 1863. — Fernsprecher Nr. 38.

Erscheint täglich  
montags. — Anzeigenpreis  
die empfangene kleine Zeile  
25 Pfg., auswärtige An-  
zeigen 30 Pfg.

Nr. 160.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Fr. Schidel  
(Zub. Fritz Rohrer) Oberlahnstein.

Montag, den 28. Juli 1919.

Verantwortlich:  
Schriftleiter Fritz Rohrer, Oberlahnstein.

57. Jahrgang.

## Ämtliche Bekanntmachungen.

In der Sitzung vom 1. Juli hat die interall. Kommission für die besetzten Rheinlande beschlossen, daß von jetzt ab der Austausch von Briefen, die Papiergeld Scheids, Wechsel, Effekten enthalten, zwischen den besetzten Gebieten und den Alliierten und neutralen Ländern und umgekehrt ist, wenn die Werte zur Bezahlung von Handelsge-  
schäften dienen.

St. Goarshausen, den 18. Juli 1919.

Der mil. Kreisverwalter:  
gez. Monod.

### Wird veröffentlicht.

St. Goarshausen, den 22. Juli 1919.

Der Landrat: J. B. Niemöller.

In Verfolg der Ziffer 10 meines Runderlasses vom 6. März d. Js. — VI b 531 — betreffend Bienenzucheraus-  
weise, bestimme ich bezüglich der Ablieferung von Bienen-  
wachs im Einvernehmen mit dem Reichswirtschaftsminister-  
ium nach dessen Benehmen mit Vertretern der Imkerver-  
bände folgendes:

- Die Imker haben alles anfallende Wachs, un-  
brauchbare Waben und Preßrückstände an die von den  
Imkerverbänden eingerichteten Wachsammelfstellen ab-  
zuliefern.
- Die Imker können für ihren eigenen Bedarf für  
jedes Standvolk 250 g. Wachs zurückbehalten. Der  
Überschuß ist ebenfalls den Wachsammelfstellen zuzu-  
führen.
- Künstliche Mittelwände werden den Imkern nur  
geliefert, wenn sie eine entsprechende Menge von  
Wachs, unbrauchbaren Waben oder Preßrückständen  
abgeliefert haben.
- Der vorstehenden Verpflichtungen nicht nachkommt,  
wird von der Belieferung mit Zucker ausgeschlossen.
- Die Entscheidung darüber, ob die abgelieferten Mengen  
an wachsumbrauchbaren Waben oder Preßrückständen  
angemessen sind, trifft in Zweifelsfällen der Vorstand  
des örtlich zuständigen Imkerverbandes.

Ich ersuche, den bienenwirtschaftlichen Provinzialver-  
bänden als den Sammelfstellen der Mineralölversorgung-  
sgesellschaft, vormaligen Kriegsschmierölgesellschaft (vergl.  
den Ausführungsbestimmungen vom 18. 4. 17. zu der  
Verordnung vom 4. 4. 1917.) hiervon Mitteilung zu ma-  
chen und ihnen gleichzeitig nahelegen, daß sie eine rigorose  
Einhaltung der Vorschriften vermeiden und insbesondere  
auf Anhänger und kleine Imker gebührend Rücksicht  
nehmen.

Berlin B. 8, den 27. Mai 1919.

Preussischer Staatskommissar für Volksernährung.

In Vertretung: gez. Dr. Peters.

### Wird veröffentlicht.

St. Goarshausen, den 24. Juli 1919.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.

J. B. Jaun.

### Telegramm aus Frankfurt vom 24. 7. 19.

Reichsministerium hat durch Verordnung vom 15. Juli  
1919 Reichsgeheblatt Seite 647 unter anderem angeord-  
net, daß:

- beim Verkauf von Schlachtvieh durch den Viehhalter  
der Preis für 50 kg. Lebendgewicht nicht übersteigen  
darf bei:  
1. Schlachtkälbern im Alter unter 3 Monaten 120 M.  
2. Schlachtchweinen 150 M.
- daß für den Verkauf von Ferkeln und Läuferchweinen  
durch den Viehhalter als Richtpreis gilt bei:  
1. Ferkeln bis zum Gewicht von 15 kg. für das  
Kilo Lebendgewicht ein Preis bis zu 10 M.  
2. Läuferchweinen im Gewicht von mehr als 15  
kg. für das Kilogramm Lebendgewicht ein Preis  
bis zu 6 M.

Diese Richtpreise gelten bei dem gewerbsmäßigen, wie  
bei den nichtgewerbsmäßigen Kauf und Verkauf von Fer-  
keln und Läuferchweinen.

Bezirksfleischstelle.

Wird veröffentlicht mit dem Ersuchen um ortsübliche  
Bekanntmachung.

St. Goarshausen, den 25. Juli 1919.

Der Landrat: J. B. Jaun.

### Bekanntmachung

In Gemäßheit der Kreispolizeiverordnung vom 1. Mai  
1902 wird hiermit darauf aufmerksam gemacht, daß der  
nächste Rörtermittwoch am

Sonntabend, den 9. August 1919, mittags 12 Uhr  
in Niederwallmenach

für die Orte Lautert, Niederwallmenach, Oberwallmenach,  
Reichenhain und Netterhain abgehalten wird.

Die Herren Bürgermeister der obengenannten Orte  
werden ersucht, dafür Sorge zu tragen, daß die Ruchstiere  
zu der angegebenen Zeit am Rörtermittwoch vorgeführt werden.

Die vorzuführenenden Bullen müssen sämtlich mit Na-  
senringen versehen und die Klauen der Tiere richtig beschlit-  
ten sein. Bullen im Alter von unter 18 Monaten dürfen  
nicht vorgeführt werden.

Für den besten Gemeindebullen wird eine Prämie von  
10 M. gewährt und ferner wird jedem zum Rörtermittwoch vor-  
geführten Gemeindebullen (auschl. des Rörtermittwochs) ein Bege-  
geld von 3 M. gezahlt.

St. Goarshausen, den 21. Juli 1919.

Der Landrat: J. B. Jaun.

### Begleit des redaktionellen Teiles.

## Politische Nachrichten.

### Auffsehen erregende Enthüllungen Erzbergers.

(Fortsetzung.)

Wie haben hier den amtlichen Schritt einer neutralen  
Macht, die durch ihre Organisation und Ideenwelt wie  
wenige in der Lage war, zu beurteilen, wann ein Friedens-  
schritt Aussicht auf Erfolg hatte, hervorgegangen nicht aus  
eigener Initiative, sondern aus einem ausdrücklichen Er-  
suchen der englischen Regierung und mit ausdrücklicher Er-  
mächtigung der französischen. Das war 1917. Eine wohl-  
begründete, wohlüberlegte Friedensaktion einer neutralen  
Macht, die wie wenige berufen war, die Ideen der Völker-  
versöhnung einzuleiten. Und was wurde verlangt? Ledig-  
lich eine präzise Erklärung über Belgien. Die Erlaub-  
nis, den Inhalt der englischen Note zu veröffentlichen, ist  
vom Papst eingeholt, aber noch nicht eingetroffen. Was  
ab-r geschieht in Berlin? Man würde es nicht für möglich  
halten. Vier Wochen lang gibt man dem Vermittler keine  
Antwort. (Stürmisches Hört, hört! links und im Zentrum.  
Große Erregung.) Ich muß aber noch einen Schritt wei-  
tergehen. (Stürmisches Hört, hört! Große Unruhe, die  
sich zum Lärm steigert. Präsident Fehrenbach läutet, ver-  
mag aber erst nach längerer Zeit Ruhe zu schaffen.) In  
dieser Antwort lautet die Stelle über Belgien:

Sind wir mithin im heutigen Stadium der Dinge noch  
nicht in der Lage, dem Wunsch Eurer Exzellenz zu ent-  
sprechen und eine bestimmte Erklärung über die Absichten der  
kaiserlichen Regierung im Hinblick auf Belgien und auf die  
von uns gewünschten Garantien zu geben, so liegt der  
Grund hierfür keineswegs darin, daß die kaiserliche Regie-  
rung grundsätzlich der Abgabe einer solchen Erklärung ab-  
geneigt wäre oder ihre entscheidende Wichtigkeit für die  
Frage des Friedens unterschätze oder glaube, ihre Absich-  
ten und die ihr unumgänglich nötig scheinenden Garantien  
könnten ein unübersteigliches Hindernis für die Sache des  
Friedens bilden, sondern lediglich darin, daß ihr gewisse  
Vorbedingungen, die eine unbedingte Voraussetzung für  
die Abgabe einer derartigen Erklärung bilden, noch nicht  
genügend geklärt zu sein scheinen. Hierüber Klarheit zu  
gewinnen, wird das Bestreben der kaiserlichen Regierung  
sein, und sie hofft, falls die Umstände ihr Vorhaben be-  
günstigen, in nicht allzu ferner Zeit in der Lage zu sein,  
Eure Exzellenz über die Absichten und nötigen Forderungen  
der kaiserlichen Regierung, insbesondere in bezug auf Bel-  
gien, genauer unterrichten zu können. Michaelis.

(Lebhaftes Hört, hört! Große Bewegung und Erregung  
im Zentrum.) Also ein amtlicher diplomatischer Bericht  
für ein Volk, das in höchster Not liegt, wird vier Wochen  
lang nicht beantwortet, dann erklärt man ihn für nicht ge-  
nügend. (Hört, hört!) Ende September war ich in Mün-  
chen. Ich kenne den Ruzins seit längerer Zeit als einen  
persönlichen Freund. Er kam mit mir in Tränen in den Au-  
gen entgegen und sagte: „Nun ist alles verloren, auch  
Ihr armes Vaterland.“ Damit war der von England über  
den Heiligen Stuhl geleitete Versuch erledigt. Das ist das  
Tragische, das Entsetzliche, man kämpft für den Frieden,  
und dann kommt es so. (Bewegung.) Da kann man nicht  
schweigen. (Zuruf: Das ist das Werk der Vaterlandspar-  
te!) So war es 1917. Wir müssen dem Volk sagen, wie  
es zwei Jahre lang gewissenlos irreführt worden ist.  
Hätte es diese Dinge besser gewußt, hätte es den Frieden  
einfach erzwungen. (Sehr richtig.) Und wie stand es im  
Juli 1917? Wir wollten nach außen den Frieden und nach  
innen die Freiheit, und wie war Ihre Parole: Keinen  
Frieden und keine Freiheit. Was war die Folge? Die ge-  
samte Wehrmacht zu Lande und zu Wasser wurde mobil  
gemacht gegen den Mann, der vor Ihnen spricht. Namen-  
loses, Entsetzliches wurde gegen mich vom Kriegspräsident

zusammengelogen. In dem Augenblick, wo die Friedens-  
aktion auf dem Höhepunkt stand, wurde die Vaterlandspar-  
tei gegründet zu dem Zweck, die Friedensresolution totzu-  
schlagen, von Militärbeamten, Kriegslieferanten und wirt-  
schaftlichen Verbänden. Ende Dezember war die vom ehr-  
lichen Friedenswillen des deutschen Volkes getragene Frie-  
denspolitik des verständigen Ausgleichs durch die Agitation  
erledigt, die Hoffnung, die auch die andern Völker hatten,  
vernichtet. Deutschland ist mit offenen Augen in den Tod  
hineingerannt. Im November bildeten die Alliierten ihren  
Obersten Kriegsrat, und das war die Folge der Ablehnung  
der von England versuchten Friedensvermittlung. (Stür-  
mische Bewegung.) Die Wahrheit über alles, dann hört  
die Vergiftung im Innern auf. Wir sind in entscheidender  
Stunde für das Gute eingetreten. Der Abg. Haus-  
mann, der das Gleiche versuchte, wird das Scheitern der  
Vermittlung darin sehen, daß Deutschland die gewünschte  
Erklärung nicht abgegeben hat. So kam das Jahr 1918.  
Jeder Versuch, diese Zeiten zur Vernunft zu bringen, wurde  
mit militärischen Mitteln niedergeschlagen. Wie lange hat  
die Verblendung gedauert! Gegen Kühlmann, der den  
Sieg nicht vom Militär allein erhoffte, gingen Westarp  
und Stresemann vor, während er nur die Wahrheit ge-  
sprochen hatte. Dann kam der Kronrat vom 14. August.  
Das Altentum wird der Nationalversammlung nächste  
Woche zugehen. (Zurufe rechts. Unruhe.) Ich mußte so  
reden, weil durch Ihre Schuld das Unglück Deutschlands  
entstanden ist. Noch im September brachten mehrere Abge-  
ordnete beunruhigende Nachrichten aus Wien. Die Ant-  
wort war, man möge noch ein Weilchen warten, und dann  
kam Ende September der restlose militärische Zusammen-  
bruch. Eine Depesche nach der andern jagte nach Berlin:  
Wenn nicht in kürzester Frist eine Regierung gebildet  
würde, könne die Front nicht mehr 24 Stunden gehalten  
werden.

Alle diese Dinge werden in den nächsten Tagen dem  
deutschen Volke übergeben werden. Dann kann es nach  
den Akten selbst prüfen. Die Regierung des Prinzen  
Max von Baden hat nur den Fehler gemacht, Ludendorff  
nicht hinzuschicken, um den Waffenstillstand abzuschließen.  
Wo war die Zivilcourage des Militärs? Die Sozialde-  
mokratie wollte zuerst gar nicht in die Regierung eintreten  
und die Verantwortung übernehmen, nachdem alles ver-  
loren war. Wir haben unsre Armee von einem neuen  
Sedan bewahrt. Gewiß waren auch Tendenzen zur Unter-  
werfung der Armee vorhanden. Aber nach solchen vier  
Jahren bricht einmal der Regen. Herr v. Hindenburg soll  
gejagt haben, wir seien belogen und betrogen; ob er es  
gefragt hat, weiß ich nicht, aber wahr ist es. (Sehr richtig!)

Der Zusammenbruch ist auch erfolgt durch die Unge-  
rechtigkeit im Deere. (Zum Abg. v. Gräfe): Wer hat denn  
gegen die Abschaffung des schweren Artillerie und gegen die  
gemeinsame Speisung von Mannschaften und Offizieren  
gesprochen? Ludendorff wollte demissionieren: wenn auch  
andre Heerführer sagten, daß ein Widerstand nicht mehr  
zu denken sei. Am 6. November bekam ich den Auftrag  
— ich habe nicht dazu gedrängt —, die weiße Fahne  
am 8. November morgens zu ziehen, also zu kapitulieren,  
und zwar mit Zustimmung der Obersten Heeresleitung.  
Vorn an der Front sagte mir ein General, von seinen  
zwei Divisionen habe die eine noch 437, die andere 341  
Mann. (Hört, hört! Große Bewegung.) Er meinte, wenn  
jeder Mann und jeder Major ein Maschinengewehr habe,  
könne man sich noch halten, aber bei einem großen Vor-  
marsch würden die Feinde durchbrechen. Hätten Sie (nach  
rechts) es verantworten wollen, daß die Feinde verständig  
durch unser Vaterland ziehen? Der Umsturz in Deutsch-  
land soll den Waffenstillstand erzwingen haben, aber Pin-  
denburg depechierte, wenn unsre Forderungen nicht durch-  
zusehen seien, so sei trotz dem der Waffenstillstand abzuschließen.  
Die politischen Vorgänge in Deutschland waren nicht  
entscheidend, denn die Waffenstillstandsbedingungen waren  
nicht von Foch, sondern schon vier Wochen vorher von den  
Alliierten aufgestellt. Selbst Herr v. Gräfe hätte es in  
Compiègne nicht anders machen können. Ich stelle fest, die  
Friedensresolution hätte Erfolg haben müssen und können,  
wenn ihre Grundzüge bei Gelegenheit der Friedensnote  
des Papstes angewandt worden wären. Der Zusammen-  
bruch Deutschlands ist nicht durch die Revolution, sondern  
durch die konstante Täuschung der Militärs bedingt wor-  
den. Nicht die Friedensresolution hat die deutsche Wider-  
standskraft gelähmt, sondern der Zusammenbruch ist er-  
folgt durch Mangel an innerer und äußerer politischer  
Einsicht der Konservativen und der Obersten Heeresleitung,  
die das deutsche Volk einschüchtern und terrorisierten und  
dieses Spiel auch jetzt noch fortsetzen. Die Geduld der Re-  
gierung und der Regierungsparteien hat ein Ende. (Rufe  
bei den Sozialdemokraten: Staatsgerichtshof!) Kommt  
gleich nachher. Ich werfe die Frage auf, ob denn am 22.  
Juni überhaupt noch die Möglichkeit einer andern Stel-



lungnahme als die Unterzeichnung bestanden hat. Wir sind lebhafteste Vorwürfe gemacht worden, ich hätte die Politik Scheidemanns sabotiert. Ich bedaure, daß sich auch der Abgeordnete Gotheim in diesem Sinne geäußert hat. Demgegenüber stelle ich fest, daß ich in der ganzen kritischen Zeit durchaus loyal gehandelt habe. Es sind mir Aeusserungen in den Mund gelegt worden, die ich gegenüber ausländischen Journalisten getan haben soll. Vom 22. Mai bis zum 27. Juni habe ich überhaupt mit keinem einzigen ausländischen Journalisten gesprochen. In der ganzen Zeit habe ich nur zwei inländische Journalisten bei mir gesehen. Es waren Vertreter der Frankfurter Zeitung, die mir als verschwiegen bekannt waren. Mit ihnen habe ich mich ausgesprochen und sie haben in der That mit keinem Wort von dem Inhalt unsrer Unterredung Gebrauch gemacht. Aber noch mehr. Die mir in den Mund gelegten Unterstellungen haben in der fremden Presse überhaupt nicht gestanden. (Lebhafteste Bewegung.) Das in der Presse gegen mich verwandte Wort der Rede Scheidemanns „Unannehmbar“ ist bekanntlich gar nicht gefallen, sondern später angefügt. Abgesehen davon richtete sich das Unannehmbar nicht gegen jeden Vertrag. Im weiteren Verlauf der Entwicklung der Friedensfrage bin ich an das Kabinett mit einer Auseinandersetzung darüber herangetreten: Was wird eintreten, wenn wir den Frieden unterzeichnen, was wird geschehen, wenn wir ihn nicht unterzeichnen? Ich habe aus meiner Auffassung kein Hehl gemacht, und in einer Vorberechnung des Kabinetts, die zur Klärung der Frage wesentlich beigetragen hat, schließlich erklärt, daß ich aus der Regierung austreten würde, wenn die Unterzeichnung des Friedens abgelehnt würde. Für diese Behauptung berufe ich mich auf das Zeugnis des Ministers Dr. David, der sich meiner Auffassung angeschlossen hat. (Lebhafteste Bewegung.) Nun hat der Abg. v. Gräfe die Behauptung aufgestellt, die Deutschnationale Volkspartei sei zu einem Eintritt in ein ablehnendes Kabinett bereit gewesen. Demgegenüber stelle ich fest, daß Graf Posadowski nur die Mittelung gemacht hat, seine Partei würde in Erwägung ziehen, ob sie in ein solches Kabinett eintreten würde oder nicht. (Lebhaftes Hört, hört! Zurufe des Abgeordneten Gräfe: Er hat aber doch nicht abgelehnt. Stürmische Heiterkeit.) Diese Zwischenbemerkung steht auf dem gleich niedrigen Niveau, wie Ihre übrigen Behauptungen. Als Graf Posadowski in Erwägung ziehen wollte, ob seine Partei sich an der Regierung beteiligen würde, ~~war es~~ mittags 1 Uhr. Abends 7 Uhr sollten aber die ersten Kanonenschüsse fallen. (Lebhafteste Bewegung.) In diesem kritischen Augenblick der deutschen Geschichte mußte gehandelt werden. Mit Freuden erinnern wir uns an die Erklärung der Abgeordneten Dr. Schiffer und Heinze, daß unsre Entscheidung aus dem ehrlichen Willen getroffen worden sei, unserm Vaterlande zu dienen. Die Deutschnationalen haben sich dieser Auffassung nicht angeschlossen und sich damit selbst ein untröstliches Zeugnis ausgestellt. (Lebhafteste Zustimmung.)

Der Friede mußte unterzeichnet werden, um die Einheit des Reiches zu retten. Der Vorwurf und der Uebermut, der aus der Wendung des Abgeordneten Gräfe spricht, wir hätten uns an die Futtertrippe setzen wollen, wird von dem Volke dem Vertreter einer Partei nicht vergessen werden dürfen, die selbst jahrzehntlang an der Futtertrippe gegessen hat. (Große Unruhe bei den Deutschnationalen, andauernder lebhafter Beifall in der Mitte und links.) Die Frage des Herrn v. Gräfe: Wohin kommt das viele Geld? beantwortete ich dahin: Mehr als die Hälfte aller Ausgaben, die in den letzten Monaten geleistet werden mußten, sind vom Heere aufgezehrt worden, im Monat Juni allein 1,8 Milliarde Mark. Daß dieses Geld nicht allein an die Offiziere und Mannschaften geht, ist selbstverständlich. Es sind darin auch die großen Abwicklungsgeschäfte vom Hindenburg-Programm einbegriffen, das ja immer noch nachwirkt. Ich komme zum Schluß. Wir leiden unter der Niederlage ebenso schmerzlich wie Sie (nach rechts.) Der Anblick der abgemagerten Kinder und abgezehrten Frauen geht uns ebenso zu Herzen wie Ihnen. (Zuruf: Noch viel mehr!) Aber eins scheidet uns von Ihnen: Wir brüsten uns damit nicht. Wir stellen uns nicht so hin, als ob wir allein ein Herz für die Not und Schmach unsers Vaterlandes hätten. (Beifall.) Was uns aber ebenso tief kränkt wie der Jammer unsers Volkes und Vaterlandes, das ist das falsche Spiel, das Sie treiben. (Lebhafter Beifall und Zustimmung.) Wir haben den Frieden annehmen müssen, weil kein anderer Ausweg blieb. Wir haben die Verantwortung übernehmen müssen für das, was Sie verbrochen haben. (Sehr richtig! und lebhaft Zustimmung.) Wir werden aber niemals zugeben, daß Sie nun versuchen, aus der Verantwortung, die auch Ihre Schuld ist, unsre Schuld zu machen, und uns heuchlerisch mit Hohn und Spott zu übergießen. (Lebhafter Beifall.) Der Friedensvertrag ist die Schlussrechnung eines Krieges. Wer den Krieg verliert, verliert den Frieden. Wer hat aber den Krieg verloren? Diejenigen, die sich in unvernünftigem, trotzig verblendetem, verbrecherischem Eigensinn der Möglichkeit eines ehrenhaften Friedens entgegenstellten. (Stürmischer Beifall und Zustimmung.) Die moralische Verantwortung dafür, daß schließlich kein anderer Friede mehr möglich war, haben diejenigen zu tragen, die den Kampf gegen die Friedensresolution des Reichstags geführt haben. Und wenn sie hundert Mal durch ihr lautes Nein ihre Hände in Unschuld waschen wollen — sie werden die Schuld nicht los, weder vor uns noch vor der Geschichte, noch vor ihrem eignen Gewissen. (Stürmischer Beifall, der sich auf den Tribünen fortsetzt.) Präsident Fehrenbach rügt das Händeln als nicht üblich.

Darauf wird die Weiterberatung vertagt. Es folgen persönliche Bemerkungen.

## Die Rationalisierungsrechnung.

## Die große politische Debatte.

Weimar, 26. Juli. Dr. Braum (Btr.): In den vor-  
 schwerster Stunde des Vaterlandes entstand die Koalition  
 zwischen Zentrum und Sozialdemokratie. Ohne die So-  
 zialdemokratie ist jedenfalls keine Regierung heute denkbar.  
 Das Zentrum glaubte sich der Verantwortung für die  
 Unterzeichnung des Friedens nicht entziehen zu können.  
 In unserer auswärtigen Politik müssen wir den Schutz  
 des Deutschlands im Auslande betreiben. (Beifall im  
 Zentrum.) Auch mit den Polen liegt eine Verständigung  
 im beiderseitigen Interesse. Mit dem christlichen Sitten-  
 todeg ist nur vereinbar das Ideal der Völkerveröhnung  
 und des Völkerbundes. (Beifall im Zentrum), aber mit  
 gleichen Rechten und Pflichten. Als besonders notwendig  
 halten wir die Stärkung des Arbeitswillens. In der  
 Länderfrage werden wir nach wie vor dafür eintreten,  
 daß die Selbständigkeit der Einzelstaaten nicht stärker be-  
 schnitten wird als die Notlage des Reiches es verlangt.  
 Wir wollen eine Erziehungsschule und keine reine Bil-  
 dungsschule. Das Kompromiß bietet uns die Möglichkeit,  
 an einem neuen Kulturkampf vorbei zu kommen.

Frau Bäumer (Dem.): Wir verlangen, daß der von uns bereits einmal aufgeworfene Gedanke eines internationalen Schiedsgerichts über die Schuldfrage noch einmal erörtert wird. (Lebhafter Beifall.) Eine Revanchepolitik! lehnen wir ab.

Graefe (Dn. Rp.): Wir müssen die Gründe unserer Opposition nachprüfen, weshalb wir die Regierung und ihre Taten für alles Unheil an unserem deutschen Volk verantwortlich machen. Es ist ein tragisches Geschick für unser armes deutsches Volk, daß die verbrecherischen Illusionspolitiker nicht beseitigt wurden. Die Alldeutschen sollen die Träger der Politik vor dem 9. November gewesen sein, das heißt Sünde an der Geschichte des deutschen Volkes tun. (Anbauern der Beifall rechts und Widerspruch links.) Die Demokraten und andere waren nicht grundsätzliche Gegner der Annexion. Aber der schlimmste der Annexionisten . . . (Der Redner blidt auf den Minister Erzberger. — Vanganzhaltende stürmische Heiterkeit. — Giesberts klopft Erzberger auf die Schulter. — Erneute stürmische Heiterkeit.)

Es liegt ein offizieller Fraktionsbeschluss vor, daß meine Fraktion sich unter der Voraussetzung einer Mehrheit an einer Regierung beteiligen wollte. (Andauernde Ausrufe links.) Jetzt kommt man mit der Sozialisierungs- und Steuerpolitik, die einfach eine Vermögenskonfiskation bedeutet. Trotzdem wird man an dem Staatsbankrott nicht herumkommen.

Es folgten nun die „Enthüllungen“ Erzbergers, die wir zum Teil schon in der Samstagsausgabe mitgeteilt haben.

W e i m a r, 26. Juli. Bei Beginn der heutigen Sitzung der Nationalversammlung stellten die Sozialdemokraten einen von den Demokraten unterstützten Antrag, mit der weiteren politischen Aussprache die erste Beratung des Gesetzesentwurfs über den Staatsgerichtshof zu verbinden. Ferner die gestrige Rede des Reichsministers Erzberger und die Rede des Ministerpräsidenten Bauer vom 24. Juli auf Kosten des Reichs im deutschen Volke zu verbreiten, und endlich alle Protokolle der vertraulichen Sitzungen des Haushaltsausschusses des Reichstages sowie die der Regierung bekanntgemachten Dokumente über die Entscheidung und Fortführung des Krieges zu veröffentlichen. Durch diese Anträge soll der gestern durch Erzberger begonnenen Aktion ein breiterer Boden gegeben werden. Der Führer der Sozialdemokratie Löbe begründete die Anträge und meinte, es werde wohl kaum eine Fraktion den Mut haben, dem Antrag auf Beratung des Gesetzesentwurfs über den Staatsgerichtshof zu widersprechen. Indes erhoben sowohl die Deutschnationalen wie auch die Deutsche Volkspartei gegen diese übermäßige Belastung der politischen Debatte zu reinen Parteizwecken Widerspruch. Abgeordneter Schulz von den Deutschnationalen meinte, wenn man die beiden Reden anschlagen wolle, müsse man auch die der Gegenseite, also die Rede des Abgeordneten v. Gräfe mit anschlagen. Da Widerspruch gegen die Verbindung der politischen Debatte mit der Beratung des Staatsgerichtshofes erhoben war, war damit dieser Teil des Antrages erledigt. Ueber die andern Punkte der Anträge wird zum Schluß der politischen Aussprache abgestimmt werden, wenn auch das Vertrauensvotum für die Regierung zur Abstimmung steht.

W e i m a r , 26. Juli. Bei Beratung des Raponssteuer-  
gesetzes theilte die Regierung mit, daß folgende Festungen  
zu schleifen sind: Köln, Mainz Strazburg rechtes Ufer  
(Kehl), Friedrichsort, Belgoland, Gernersheim, Koblenz,  
Wesel; in dem Gebiet in welchem abgestimmt werden muß,  
die Festungen Bogen in Löben und Marienburg. Bestehen  
bleiben dürfen die Festungen Vorkum, Breslau, Küstrin,  
Königsberg, Pillau, Ulm, Ruzhagen, Gießemünde, Wil-  
helmshaven, Glatz, Glogau. Ingolstadt, Swinemünde,  
Königstein, Meisse, Freiburg i. Br.

Weimar, 26. Juli. Abg. Schneider-Sachsen hat in der Nationalversammlung folgende Anfrage eingebracht: „In der Zeitung „Der Holzmarkt“ Nr. 122 vom 5. Juli, und in Flugblättern wird behauptet, daß die Kriegsglieder-Aktiengesellschaft auf jeden Anteil von 5000 M einen Reingewinn von 132 000 M für das Jahr 1918 ausgezahlt habe. Das entspräche einer Dividende von 2600 Prozent. Entspricht diese Angabe der Wahrheit? Ist die Reichsregierung bereit, die Kriegsglieder-Aktiengesellschaft zu veranlassen, unverzüglich öffentlich Rechnung zu legen?“

## Keine franz. Interessen an Linksrhein.

London, 26. Juli. Im Unterhause erklärte Lloyd George auf die Frage, ob der englisch-französische Vertrag

nötig gewesen sei, weil sonst Frankreich das ganze  
Rheinufer verlangt habe:

"Clemenceau habe niemals das linke Rheinufer beansprucht. Der Vertrag sei die Sicherheit, die England Frankreich geben müsse mit Rücksicht auf die christliche Lage, in der sich dieses Land befinde."

## Zweifel an Deutschlands Zahlungsfähigkeit.

Versailles, 24. Juli. Der Friedensauschuss der Kammer hörte gestern die Fortsetzung des Berichts des Abgeordneten Dubois über die finanziellen Klauseln des Friedensvertrages. Dubois sagte:

„Man frage, ob Deutschland in der Lage sei, die Verpflichtungen des Vertrages zu erfüllen. Man müsse bedenken, daß die Vermögensaufstellung Heiserichs Objecte in Betracht gezogen habe, deren Wert sich inzwischen wesentlich gehoben habe. Was die Werte Deutschlands im feindlichen Ausland angehe, so befänden sich die meisten in Amerika; Frankreich habe davon nur weniger, sei also in verhältnismäßig ungünstiger Lage.“

### Die Anerkennung unsrer alten Zollgrenze.

Berlin, 25. Juli. Die interalliierte Waffenhandelskommission in Köln hat der deutschen Waffenhandelskommission in Düsseldorf gestern eine Note des Reichs Hofs geschickt, des Inhalts, daß die deutschen Behörden im besetzten Gebiet durch die Interalliierte Rheinlandschaftskommission angewiesen worden seien, die Portfrachten auf aus alliierten Ländern eingeführte Waren zu erheben. Diese Anweisung bedeutet die Anerkennung unserer alten Zollgrenzen gegenüber Belgien und Frankreich, und beseitigt auch in dieser Beziehung die unterschiedliche Behandlung zwischen dem deutschen besetzten und unbesetzten Gebiet.

Der Lebensmittelverkehr mit dem unbefestigten Deutschen Reich  
freigegeben.

Berlin, 26. Juli. Mit der Unterzeichnung des Friedensvertrags durch Deutschland ist vom Verbanke die Blockade aufgehoben worden. Zu gleicher Zeit ist der Verkehr zwischen dem rechten und linken Rheinufer freigegeben worden, mit Ausnahme einiger Waren, insbesondere ist der Lebensmittelverkehr vollständig freigegeben worden. (Ausführliche Mittheilungen in morgiger Nummer.)

### Vertriebens politische Strategien.

Koblenz, 26. Juli. Regierungsrat Graf Adelman von Adelmansfelden beim Oberpräsidium ist zum Repräsentanten beim Reichsministerium für die Frage der besetzten rheinischen Gebiete berufen.

Düsseldorf, 27. Juli. An die Spitze der Regierungen in Düsseldorf und Arnberg werden Sozialdemokraten gestellt. Der Nachfolger des Regierungspräsidenten Dr. Kruse in Düsseldorf wird der Sozialdemokrat und Stadtverordnete Justizrat Hugo Lande aus Elberfeld. In Arnberg löst der sozialdemokratische Führer und Stadtverordnetenvorsteher in Dortmund Mehlich den Regierungspräsidenten v. Basse ab.

Berlin, 26. Juli. Bei den Siemens-Schuckert-Werken ist die Lage unverändert. Von dem Streik und der Aussperrung sind jetzt rund 32 000 Arbeiter und Arbeiterinnen betroffen.

Geddrücken, 26. Juli. Die Polen haben bei Jesso, an der Bahn Wilna—Kowno, die Litauer angegriffen und zurückgeschlagen. Die Verbandsdiplomatie greift zugunsten der Litauer ein.

Beuthen, 25. Juli. Infolge der Streiks der beiden Elektrizitätszentralen in Chorzow und Zabrze ist heute abend jeglicher Verkehr in Oberschlesien stillgelegt. Die Straßenbahnen in Oberschlesien verkehren nicht. Die Gas- und Wasserleitungen sind geschlossen. Die Straßen in ganz Oberschlesien liegen vollkommen im Dunkeln.

Rattowitz, 26. Juli. Der gestern 9½ Uhr ausgebrochene Streik der Lichtwerke Chorzow und Zabrze ist sehr ernst. Seit gestern 7¼ Uhr ist der gesamte Industriebezirk ohne Licht und Kraft. Die Streikenden haben diesmal auch die Ausführung von Notstandsarbeiten abgelehnt, so daß für die Gruben, sollten sie nicht von denen die eigne Kraftwerke haben, mitversorgt werden können, die Gefahr des Ersaukens droht.

Schweiz. Grenze, 26. Juli. Unter dem Namen Bank für Polen wird, wie die Information mittheilt, in dem Sitz in Warschau eine polnische Staatsbank gegründet, mit einem Kapital von 100 Millionen, die das Privilegium haben wird.

Bukarest, 26. Juli. Amtlich wird mitgeteilt: Infolge des zweideutigen Verhaltens Sowjet-Rußlands hat die rumänische Regierung die eingeleiteten Verhandlungen abgebrochen. Die Feindseligkeiten wurden am 24. Juli nachts 12 Uhr, wieder aufgenommen. Die russische kommunistische Friedensdelegation wurde aus Kischinew abgeschoben.

Amsterdam, 26. Juli. Aus Paris wird dringlich berichtet: Nach einem Telegramm aus Stockholm an die Morningpost haben die Deutschen ganz Pitsunen geräumt.

A msterdam, 26. Juli. Der Post erfährt aus einer verlässiger Quelle, daß in Amerika von dem Bankier Morgan ein großer Kredit für Deutschland abgeschlossen wird. Er wird mindestens einige hundert Millionen Dollar wahrscheinlich aber viel mehr betragen.

Amsterdam, 26. Juli. Das Preßbureau meldet aus Washington, daß die Zensur der Labels aufgehoben worden ist.

Amsterdam, 26. Juli. Der katholische Abgeordnete für Brüssel, Bauermann, will nächste Woche in der Kammer die Regierung ersuchen, Maßregeln zu treffen, damit Malmédy nicht länger unter der Erzdiözese Köln bleibe. Die deutschen Priester und Lehrer sollen durch belgische ersetzt werden; Kardinal Mercier soll in Zukunft Priester ernennen.



Bern, 26. Juli. Laut Corriere della Sera ist nach einer Mitteilung der Mailänder Oberpostdirektion der Briefverkehr von und nach Deutschland wieder aufgenommen; ausgenommen bleiben Drucksachen.  
Paris, 26. Juli. Nach dem Journal wird die deutsche Delegation in Versailles demnächst in das Gebäude der früheren deutschen Botschaft in Paris übersiedeln.  
Nach einer Reuter-Meldung aus Paris beabsichtigt man in Frankreich, infolge der Knappheit an Weizenmehl im kommenden Winter die Brotkarten wieder einzuführen.  
Washington, 26. Juli. Reuter. Die ungenutzte Verbindung mit Nauen ist am 24. Juli eröffnet worden. Eine Anzahl von Geschäftstelegrammen wurde übermittelt.

## Aus Stadt und Kreis.

Oberlahnstein, den 28. Juli.

**Diebstahl.** In der Nacht vom Samstag wurde bei einem Anwohner der Nordsee eingebrochen. Die Diebe drangen in den Hühnerstall ein, schlachteten hier 8 Hühner und 3 Gänse ab und verschwand mit ihrer Beute unbemerkt. Zweckdienliche Angaben wollte man an die Polizei machen.

**Güterverkehr.** Die Köln-Düsseldorfer Rhein-Schiffahrtsgesellschaft hat den Güterverkehr mit Holland wieder aufgenommen und nimmt Güter, die für Holland bestimmt sind, zur Beförderung an.

**Einweisung.** Wir machen ganz besonders darauf aufmerksam, daß für morgen vormittag 11 Uhr sämtliche Ladenbesitzer zwecks Besprechungen über die Einführung der Sonntagsruhe nach dem Rathausaal eingeladen werden.

**Der Zahlungsverkehr** zwischen dem besetzten Gebiet und den alliierten und neutralen Ländern und umgekehrt durch Briefe mit Papiergeld, Schecks und Effekten ist wieder gestattet.

**Unsere Valuta.** Angesichts der wieder einsetzenden Handelsbeziehungen mit dem Ausland ist eine Gegenüberstellung der Devisenkurse vor und nach dem Kriege besonders interessant und lehrreich. Darnach müssen wir heute für Käufe von den nachstehenden Ländern im Vergleich zur Friedenszeit zahlen: für Käufe in Amerika das 3½fache, für Käufe in England das 3fache, für Käufe in Frankreich und Belgien das 2½fache, für Käufe in Italien das Doppelte als vor dem Weltkriege. Nur durch Steigerung unserer Produktion, erhöhte Arbeit, Ruhe und Ordnung im Lande können wir die Waren verbilligen, umgekehrt nur verteuern oder wir erhalten gar nichts.

**Die Reichsanleihe.** A. G. Zur Regelung des Kriegsanleihemarktes hat sich unter Führung der Reichsbank und unter Gewährleistung des Reichs eine Gruppe gebildet, zu der nahezu alle bedeutenden deutschen Bankfirmen zur Mitwirkung eingeladen sind. Die Gruppe soll in Erfüllung der Erklärung, die der Reichsbankpräsident im Laufe des Krieges wiederholt abgegeben hat, ungeschäftsfertige und in den äußeren oder inneren Verhältnissen nicht begründete Kursstärkungen der Kriegsanleihe hintanhaltend. Man hat es für notwendig erachtet, der Gruppe ein in sich festes geschlossenes Organ, nämlich eine Aktien-Gesellschaft zur Seite zu stellen, die den Namen Reichsanleihe-Aktiengesellschaft tragen soll und für die ein Aktienkapital von 400 000 000 Mark in Aussicht genommen ist.

**Abstempelung des Papiergeldes.** Wie verlautet, trägt sich das Reichsfinanzministerium wegen der Abstempelung sämtlicher Wertpapiere und Zinsscheine mit der Absicht, das gesamte Papiergeld einzujagen und statt dessen Gutscheine auszugeben. Ob diese Abstempelung jedoch zum Beschluß erhoben werden wird, ist im Augenblick noch nicht entschieden. Die Entscheidung dürfte aber in den nächsten Tagen fallen. In nächster Zeit wird dann alles vorhandene Papiergeld eingezogen und durch Gutscheine (Zinsscheine) ersetzt, die wieder gegen neues Papiergeld umgetauscht werden. Hierdurch ist jeder gezwungen, die bei ihm vorhandene Summe anzugeben, denn er erhält nur soviel zurück, wie er angegeben hat, während das nicht angegebene und ausgelieferte Papiergeld für ungültig erklärt wird. Ferner werden sämtliche Wertpapiere einer Abstempelung unterzogen und unter Kontrolle gebracht. Alle nicht abgestempelten Papiere verlieren ihren Wert. Ähnliche Maßnahmen werden in den Gesellschaften vorgenommen, um die dort investierten Werte festzustellen.

Niederlahnstein, den 28. Juli.

**Persönliches.** Rechtsanwalt Hosing ist zum Notar ernannt worden; zum Kanzlisten Herr Schmidt am Amtsgericht Niederlahnstein.

Braunbach, den 28. Juli.

**Verdönerungsverein.** Die Ende letzter Woche abgehaltene Versammlung des Verkehrs- und Verdönerungsvereins brachte eine Fülle von Anregungen zur Wiederbelebung des Verkehrs und zur Verdönerung des Stadtbildes. Der Vorsitzende, Herr Bürgermeister Schüring, bat die Anwesenden, sich um die Werbung neuer Mitglieder zu bemühen. Die Mitgliederzahl beträgt zur Zeit 75; die Beitragserhebung soll nun wieder mit vierteljährlich 1 Mark erfolgen. Der Vorstand wurde auf 12 Mitglieder ergänzt. Der frühere Vorsitzende, Herr Böw, wurde zum Ehrenmitglied ernannt.

**Sport.** In dem Fußballwettkampf des Camper Fußballklubs gegen die hiesige Jugendmannschaft siegte Camper mit 2:1.

St. Goarshausen, den 28. Juli.

**Dem hiesigen Amtsgericht** ist Herr Walter als Kanzlist überwiesen worden.

**Die Kriegsorten.** Das Eisene Kreuz wird demnächst neuerdings wieder verliehen. Nachdem dazu auch die Rote-Kreuz-Medaille und das Verdienstkreuz

für Kriegshilfe gekommen sind, sind die Vorschriften für das Eisene Kreuz entsprechend ergänzt worden. Das Eisene Kreuz wird nur dann verliehen, wenn das Kriegsdienst durch das Verdienstkreuz oder die Kreuz-Medaille eine ausreichende Belohnung nicht gefunden hat oder findet. Es wird nur an deutsche Heeresangehörige und an Ausländer verliehen, die dem deutschen Heere angehört haben oder noch angehören.

Rapporten, den 28. Juli.

**Die Getreideernte** hat mit dieser Woche ihren Anfang genommen. Der Roggen ist gereift, die Kornbildung in den Aehren sehr reichlich; es wird eine befriedigende Ernte erwartet. Die starken Regenfälle beförderten das Wachstum der Kartoßeln, sodaß mit Anfang dieser Woche die ersten Frühkartoßeln geerntet werden können. Spätkartoßeln stehen üppig; die Aussichten auf eine gute Mittelernte sind im Wachsen.

**Ernennung.** Herr Margheiner ist zum Ranglisten am hiesigen Amtsgericht ernannt worden.

## Aus Nah und fern.

**Rönigstein, 24. Juli.** Seit Montagabend weilt General Mangin, der Kommandierende General der 10. französischen Armee, welche den Brückenkopf Mainz besetzt hält, in unserem Städtchen.

**Oppenheim, 27. Juli.** Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich dadurch, daß zwei Knaben sich damit vergnügten auf ihrem kleinen Wagen die etwas abschüssige, sehr stark belebte Hauptstraße, die zum Bahnhof führt, in raschem Tempo hinabzufahren. Als ihnen ein französisches Auto plötzlich entgegenkam, vermochten sowohl die Kinder als auch der Autoführer ihre Wagen nicht mehr rechtzeitig zum Stehen zu bringen. Die Kinder rannten mit voller Wucht in das Auto hinein. Es kostete Mühe, sie unter dem zum Stehen gekommenen Kraftwagen herauszuholen. Beide Knaben wurden lebensgefährlich verletzt vom Platz getragen.

**Goblenz, 27. Juli.** In dem benachbarten Orte Meiternich wurde einem Wirt die Kasse mit zehntausend Mark Inhalt am Donnerstag gestohlen.

**Rassel, 26. Juli.** Ein schweres Eisenbahnunglück hat sich gestern auf der Main-Weiser-Bahn zwischen Rassel und Frankfurt a. M., und zwar in unmittelbarer Nähe des Bahnhofes Guntershausen, zugetragen. Als die Eisenbahnstation auf Anfrage mitteilt, ist amtlich über das Unglück nur soviel bekannt, daß zwei Güterzüge mit großer Wucht aufeinandergefahren sind und eine Anzahl Wagen zertrümmert wurden. Ob und wie viele Tote oder Verletzte zu beklagen sind ist hier noch nicht bekannt. Jedenfalls sind beide Gleise auf der Strecke Guntershausen Frankfurt auf 24 Stunden gesperrt. Ein Teil des Schienenverkehrs wird über Wehra geleitet.

**Dresden, 26. Juli.** Nach dem Dresdner Anzeiger wird die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte nach Dresden verlegt.

## Lezte Nachrichten

Berlin, 26. Juli. Der frühere Reichskanzler Michaelis gab auf die Angriffe des Ministers Erzberger folgende Erklärung ab:

Die amtlichen Schriftstücke über die Behandlung des Schreibens des Ruzius Paccelli an mich vom 30. August 1917 sind mir nicht zugänglich. Nach meinen persönlichen Notizen habe ich zur Behandlung des sogenannten englischen Friedensführers folgendes zu sagen: Das Schriftstück wurde mir Anfang September vorgelegt. Ich habe es mit den Staatssekretären und den Ministern besprochen, und wir sind dem Kaiser, der — wenn ich nicht irre — am 9. September von einer Frontreise zurückkehrte, entgegengefahren, um ihm Vortrag zu halten. Ich bat den Kaiser um Abhaltung eines Kronrats in Gegenwart der Obersten Seeres- und Marineleitung. Der Kronrat hat am 11. September im Schloß Bellevue stattgefunden. Das Ergebnis der Besprechung wurde, von dem Kaiser mit eigenhändiger Unterschrift versehen, folgendermaßen zusammengefaßt:

Die Annexion Belgiens sei bedenklich. Belgien könne wiederhergestellt werden. Die flandrische Küste sei zwar sehr wichtig, aber die belgische Küste sei allein nicht zu halten. Es muß enger wirtschaftlicher Anschluß Belgiens an Deutschland herbeigeführt werden. Darnach habe Belgien selbst größtes Interesse.

Ueber die weitere Behandlung des Friedensführers wurde von mir mit dem Staatssekretär v. Kühlmann vereinbart, daß durch eine unbedingte geeignete Persönlichkeit zu sondieren sei, ob auf englischer Seite in der Tat der Wille vorhanden sei, den bisherigen Standpunkt aufzugeben und auf einer annehmbaren mittleren Linie zu verhandeln. Das Schreiben des päpstlichen Nuntius enthielt nach dieser Richtung hin keine irgendwie überzeugenden Beweise. Die Gefahr lag vor, daß es sich darum handelte, Deutschland zu entgegenkommender Erklärung zu veranlassen und dadurch die Verhandlungsgrenzen zu unsern Ungunsten verschoben würden. Die Wahl des Vermittlers fiel auf einen hervorragenden, dem Staatssekretär v. Kühlmann persönlich nahestehenden neutralen Diplomaten, der ganz besonders qualifiziert erschien, die erforderliche Sondierung vorzunehmen. Ihm wurde seine Mission unter Mitteilung der Stellungnahme Deutschlands gemäß obigem Kronrat in folgender Weise umschrieben:

Voraussetzung für Verhandlungen mit England sei die Anerkennung: a) daß unsere Grenzen intakt bleiben, b) daß unsere Kolonien zurückgegeben würden, c) daß keine

Entschädigungen gefordert würden. d) daß von einem Wirtschaftskrieg Abstand genommen würde.

Ich habe in Übereinstimmung mit Erzberger v. Kühlmann diesen Weg für den richtigen gehalten, weil nur bei unbedingter Vertraulichkeit die Verfolgung dieser ersten Friedenspfade möglich schien. Die Verhandlungen über die päpstliche Kurie boten diese Sicherheit nicht. Schon beim Empfang des Schreibens des Nuntius hatte sich herausgestellt, daß der damalige Abgeordnete Erzberger vor mir davon unterrichtet war, daß das Schreiben kam. Eine Indiskretion durch ihn mußte aber vor allem verhütet werden. Deshalb konnte auch dem Nuntius gegenüber nur eine abwartende Stellung eingenommen und ihm nach Ablauf einiger Zeit nur eine Antwort allgemeinen Inhalts erteilt werden. Daß diese Indiskretion die größten Gefahren für die Abhaltung von Verhandlungen in sich schloß, hat der weitere Verlauf der Verhandlung gezeigt. Die Besprechung im Kronrat und ihre Ziele blieben nicht verborgen. Die kriegsrischen Parteien in Deutschland, England und Frankreich bemächtigten sich der Angelegenheit, und die Folge war, daß der Vertreter der englischen Regierung öffentlich ableugnete, daß durch die englische Regierung ein Friedensangebot gemacht sei. Ich habe dem Gedanken, unter weisem Nachgeben mit Bezug auf Belgien zum Frieden zu kommen, mit Lebhaftigkeit ergriffen und habe es durchgesetzt, daß eine einheitliche Stellungnahme zu dieser Frage innerhalb der maßgebenden Kreise erfolgte. Ich habe mich bemüht, den geeigneten Weg zur Verfolgung der ersten Anregung zu wählen. Wenn sich der Plan geshloß, so lag es daran, daß unsere Feinde nicht wollten.

Soarow, 26. Juli 1919.

gez. Michaelis.

Auch diese Erklärung liefert noch keinen genügenden Aufschluß über die verhängnisvollen Vorgänge im September 1917, insbesondere sagt sie nichts über Wortlaut und Inhalt des englischen, an den päpstlichen Stuhl gerichteten Telegramms, dessen Abschrift der Münchner Nuntius dem damaligen Reichskanzler zugehen ließ. Diese Aufklärung muß aber nun, da nun einmal diese ungesagte Rolle so tief bewegende Frage teilweise und unvollständig aufgerollt worden ist, vollständig und rasch erfolgen.

**Wien, 26. Juli.** Wie der Wiener Mittag meldet, hat Erzberger den Bericht des Grafen Czernin vom früheren Kaiser Karl selbst erhalten mit der Verpflichtung, über die Herkunft des Berichts zu schweigen.

**Duisburg, 26. Juli.** Der Streik auf den Mannesmann-Werken hat sich verschärft. Die Werke Düsseldorf-Rath und Remscheid liegen vollständig still, ebenso Duisburg-Angerhausen, das heute morgen Regierungstruppen aus Wesel zum Schutze der Arbeitswilligen erhalten hat.

**Münster, 27. Juli.** Der Straßenbahneraustand, der im rheinisch-westfälischen Industriegebiet drohte, kann als beigelegt gelten.

**Berlin, 27. Juli.** Die Verfügung der Regierung über die Freigabe des Fischhandels ist im Laufe dieser Woche zu erwarten. Ein Syndikat von Großhandelsfirmen ist in Vorbereitung.

**Berlin, 27. Juli.** Aus Kattowitz wird gemeldet, daß die Arbeiter der Elektrizitätswerke Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband abgelehnt haben. Der Streik wurde aber vorläufig abgebrochen. Das elektrische Licht brennt wieder.

**Weimar, 26. Juli.** Auf die Einspruchsnote des Auswärtigen Amtes gegen die Forderung des Marschalls Foch, daß die Stadt Berlin wegen der Ermordung des französischen Sergeanten Manheim eine Million Mark in Goldbuße zahlen soll, ist heute eine Antwort des Marschalls Foch eingetroffen, in der dieser auf der erhobenen Forderung bestehen bleibt. Wie wir hören, wird sich das Auswärtige Amt mit einer Note an den französischen Generalissimus wenden.

**Münster, 26. Juli.** Infolge des Ausstandes der Angestellten der Buchdruckereien konnten die Zeitungen heute nur teilweise erscheinen.

**New York, 26. Juli.** Die Times erfährt aus Koblenz, daß die amerikanischen Behörden jetzt bereit sind, amerikanischen Geschäftsreisenden Pässe nach Deutschland zu erteilen. Diese Haltung wurde dadurch veranlaßt, daß die Franzosen und Engländer bereits seit längerer Zeit solche Pässe erteilen und sie dadurch einen Vorsprung vor den Amerikanern in geschäftlicher Hinsicht erzielen.

**Schweiz, Grenze, 26. Juli.** Wie die Pariser Blätter melden, hat die Friedenskonferenz dem Generalfeldmarschall v. Hindenburg geantwortet, daß sie seinen großmütigen Geste, sich an Kaiser Wilhelms Seite vor ein Gericht stellen zu lassen, zwar volle Anerkennung zolle, sein Angebot jedoch nicht annehme. Dies gestatte ihm, als Entlastungszeuge im Prozeß in London aufzutreten, ohne ihm aber irgendwie Immunität zuzusichern, falls sich seine Mitschuld erweisen würde.

**Bern, 26. Juli.** Die Wiederherstellung der Freiheit der Einfuhr nach Italien ist vom Ministerrat beschlossen worden.

**Wien, 27. Juli.** In äußerst gedrückter Stimmung hat gestern die Nationalversammlung den Rücktritt des Staatssekretärs des Äußern Dr. Bauer zur Kenntnis genommen.

**Wien, 27. Juli.** Wie die Blätter melden, wird Unterstaatssekretär Pflügel die Geschäfte der äußeren Politik fortführen.

**Budapest, 26. Juli.** Die Nachricht von der Versteigerung der Stephanskronen ist vollständig erfinden; die Krone befindet sich im Budapester Museum.



## Bekanntmachungen.

Unliebsame Vorkommnisse der letzten Zeit geben Veranlassung, nachstehende Bestimmungen der Polizei-Verordnung über Straßen-, Verkehrs-, Ordnungs- und Sicherheitswesen vom 1. August 1911 wieder in Erinnerung zu bringen mit der besonderen Mahnung an Eltern und Vorgesetzte, auf die Befolgung durch ihre Kinder und Angehörigen zu achten:

§ 25. Der Aufenthalt in den öffentlichen Anlagen ist nur von Sonnenaufgang bis um 10 Uhr abends und zwar nur in den angelegten Wegen gestattet. Kinder dürfen dieselben nur in Begleitung Erwachsener betreten. Das Spielen der Kinder und das Aufstellen der Kinderwagen ist nur bei den als „Kinderbahn“ bezeichneten Bahnen zulässig.

§ 26. Das Abschneiden und Abreißen von Zweigen oder Blumen, das Befestigen oder Klammern der Bäume, das Beschädigen und Beschmutzen der Wege und Bänke, das Begraben der letzteren von ihren Plätzen, das Auseinanderwerfen des Wegesandes ist verboten. Papier ist in die aufgestellten Papierkörbe zu werfen.

§ 35. Das Spielen von Kindern am Rhein- und Bahnufer und in dem Hafen, auf den dort befindlichen Böschungen, Rampen und Treppen sowie auf den im Strom liegenden Rähnen und Flößen, auf dem Wassertisch, den Steigern und Landebrücken ist strengstens untersagt.

§ 42. Den zur Erhaltung der Ruhe, Ordnung, Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs auf öffentlichen Wegen, Straßen und Plätzen ergehenden Anordnungen und Aufforderungen der Polizeibeamten und Gendarmen ist Folge zu leisten.

§ 43. Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen dieser Polizeiverordnung werden, soweit nicht anderwärts höhere Strafen angedroht sind, mit Geldstrafen bis zu 9 Mark oder mit Haft bis zu 3 Tagen bestraft.

Gleiche Strafe trifft denjenigen, der es unterläßt, Personen, welche seiner Gewalt oder Aufsicht unterstellt sind, oder zu seiner Hausgenossenschaft gehören, von der Zuwiderhandlung gegen diese Polizeiverordnung abzuhalten.

Oberlahnstein, den 26. Juli 1919.

### August-Meldekarten

für Betriebe sind eingetroffen und können bei der Ortskohlenstelle in Empfang genommen werden.

### Die Leseholzheine

werden bis 1. August 1919 auf dem Bürgermeisteramt Zimmer Nr. 1 erneuert. Anträge werden bis zum 25. Juli er. entgegen genommen. Da größere Holzversteigerungen bevorstehen, werden Scheine nur an Ortsarme ausgestellt.

Wer ohne Schein angetroffen wird, wird bestraft. Grünes Holz darf nicht entwendet werden. Bau- und Schneidwerkzeug darf nicht mitgebracht werden.

Niederlahnstein, den 18. Juli 1919.

### Eber-Versteigerung.

Donnerstag, den 31. dieses Monats, mittags 12 Uhr,

wird der hiesige Gemeindecber

auf der Bürgermeisterlei versteigert.

Vogel, den 26. Juli 1919.

G. Siller, Bürgermeister.

## Bekanntmachung.

Infolge der vom 15. Juni d. Js. ab zur Durchführung gelangenden weiteren Erhöhung des Kohlenpreises um 10.— für die Tonne sehen wir uns genötigt, zur Deckung der uns selbst aus dieser Kohlenpreiserhöhung entstehenden Mehrkosten vom 26. Juli 1919 ab folgende Zuschläge anstelle der seit 1. April d. Js. gültigen zu den tarifmäßigen Sätzen zu erheben:

- im Personenverkehr 30 Pfg. auf jede geldige Fahrkarte
- im Güterverkehr 25% zu den tarifmäßigen Sätzen.

Rassauische Kleinbahn Aktiengesellschaft.

## Sie sparen Gold!

wenn Sie Ihren Bedarf in

## Tapeten

nur bei der Firma

C. Niederstein, Coblenz, Löhrrstraße 91 gegenüber dem neuen Apollotheater beden.

— Größte Auswahl am Plage. —

## Milchzentrifugen

in verschiedenen Größen empfiehlt

Julius Rüping, Eisenwarenhdlg. Braubach a. Rh.

Wer lebend wirkt,  
Ist ihm die Kraft gebracht  
Und segnend stirbt  
Nicht den vergißt man nicht.

## Todes- + Anzeige.

Samstag mittags 12 Uhr entschlief im St. Martinshof in Coblenz nach vierwöchentlicher Krankheit mein innigstgeliebter Gatte, mein herzensguter Sohn, unser treuer Bruder, Schwager und Onkel, Herr

## Jakob Herchen

Eisenbahnschlosser

Ehegatte von Christine geb. Faber

versehen mit den hl. Sterbesakramenten der kathol. Kirche im Alter von 32 Jahren.

Um stille Teilnahme bitten

## Die trauernden Hinterbliebenen.

Coblenz, Oberlahnstein, Resselung a. d. Rh., Cöln, den 28. Juli 1919.

[1564]

Die Überführung des Verstorbenen nach Resselung a. d. Rh., findet statt am Dienstag, den 29. Juli, nachmittags 3 1/2 Uhr vom St. Martinshof aus. Die Beerdigung am Donnerstag, den 31. Juli, morgens 10 Uhr in Resselung.

## Frucht-Versteigerung.

Am Mittwoch, 30. Juli d. Js., mittags 1 Uhr lasse ich

5 Hecker mit Korn und 3 mit Weizen

auf dem Halm stehend, öffentlich versteigern.

[1540]

Philipp Heuser, Himmighofen.

## Für Konditoreien u. Bäckereien

## Brötchenbeutel

aus weich weiß Cellulose in allen Größen sofort lieferbar

Papierverarbeitungswerk

Paul Reuther,

Neuwied a. Rhein.

[1554]

## Für Dreschmaschinenbesitzer!

## Balata-Treibriemen

Prima Auslandsware

in Längen von 25 Meter, 130 und 140 mm breit, sowie Prima Kornleder-Treibriemen in jeder Länge, 30 bis 140 mm breit sofort ab Lager lieferbar

Geyer & Kölsch & m. b. H.,

Mainz, Schieffgartenstr. 12, Telef. 288.

[1571]

## Reinigungsmittel

für Bierleitungen

empfiehlt

Josef Geil

Burgstraße 11.

Mk. 50.—

Belohnung für Namhaftmachung der Diebe, die mir in der Nacht von Samstag auf Sonntag Hühner u. Gänse stahlen.

Hugo Stadelmann,

Nordallee 8 — Oberlahnstein.

Ein brauner, kurzhaariger

Jagdhund

auf den Namen „Treff“ hörend, entlaufen. Gegen Belohnung abzugeben.

N. Lahnstein, Gartenstr. 4

## Inverl. Mädchen

in Küche und Haus erfahren in best. Geschäftshandhabung gesucht. Guter Lohn und Kost

Franz G. Köhler, Coblenz,

Schloßstraße 43.

[1560]

## Junges Mädchen

vom Lande, nicht unter 18 Jahren zum baldigen Eintritt gesucht. Zu erfragen in der Geschäftsstelle.

Suche mehrere

Zuchthühner und

eine gute Milchziege

1513 Adolfsr. 82, Mittelhaus

Gebrauchtes Fahrrad

mit Gummibereifung zu verkaufen.

1872 Wo sagt die G. Schäften.

## Bekanntmachung.

Auf Befehl der Interalliierten Kommission ist die Blockade Deutschlands vom 12. Juli d. Js. ab aufgehoben.

Die Beschränkungen des Güterverkehrs zwischen dem besetzten und unbesetzten Deutschland kommen in Fortfall, ausgenommen folgende Fälle:

Unterjagt bleibt die Ein- und Ausfuhr von Waffen, Munition und Kriegsgerät.

Für die Ausfuhr von chemischen, pharmazeutischen Produkten, Farbstoffen, Platin, gemünztem und ungemünztem Gold und Silber, sowie fremden Werten aus dem besetzten Gebiet ist besondere Genehmigung der Kommission Interalliee Territoires Rhénans in Coblenz erforderlich. Bezüglich der Ausfuhr von Kohlen und Stolz bleibt es bei den bisherigen Bestimmungen.

Bis auf weiteres dürfen nur rohe Braunkohlen, Braunkohlensaub und Braunkohlenbriketts, welche von der Verteilungsstelle in Köln speidiert sind, ohne besondere Genehmigung ausgeführt werden.

Alle Beschränkungen, denen die Ein- und Ausfuhr aus dem Großherzogtum Luxemburg unterworfen waren, sind aufgehoben.

Diese Anweisungen betreffen nicht den Verkehr mit den alliierten und neutralen Ländern. Für die Ausfuhr nach diesen Ländern ist, soweit der Verkehr über besetztes Gebiet geht, die Genehmigung der G. J. T. R. in Coblenz erforderlich.

Mainz, den 17. Juli 1919.

Preuß. und Hess. Eisenbahndirektion.

Erscheint mit Genehmigung der Unterkommission für den Bezirk Mainz.

[1556]

## Bekanntmachung.

Laut Beschluß des Verbandes werden vom 1. 7. 19 ab folgende Mindestsätze erhoben.

- 1.) für Beratung im Hause des Arztes M. 3.—
- 2.) für Beratung im Hause des Kranken M. 5.—
- 3.) für Nacht- und Sonntagsleistungen, sowie für Leistungen zu einer bestimmten Stunde sind die doppelten Sätze zu erheben
- 4.) Bestellungen nach 9 Uhr morgens (Extrabestellungen) erfahren einen Zuschlag von 2 M. (Barzahlung).

## Deutscher Ärzteverband

(Ortsgruppe Unterlahn).

Nehme Raps und alle anderen Oelforten gegen 1a Del in Tausch.

Näheres bei Carl Schmidt, Bahnhofstr. 5 und Ant. Hergenbahn, Emserstr. 49 Niederlahnstein.

## la frischer chines. Tee

30 Mk per Pfund, sofort lieferbar, empfiehlt

A. Straub, Diez a. d. Lahn.